

SECO / DSTO
Effingerstrasse 27
3003 Bern

richard.kaempf@seco.admin.ch

Bern, 6. September 2010

Stellungnahme zum Entwurf Revision des Bundesgesetzes über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour)

Stellungnahme der Grünen Partei der Schweiz

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Revision des Innotour Gesetzes. Die Grüne Partei der Schweiz unterstützt neben einer nachhaltigen Wirtschaft auch die natürliche Vielfalt an Arten, Lebensräumen und Landschaften. In diesem Sinne gilt es auch den Tourismus zu gestalten: Als Zusammenspiel von Nachhaltigkeit und bewusstem Schutz der Natur.

Grundsätzlich unterstützen wir die Gesetzesrevision. Jedoch haben wir mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass in der Neuausrichtung des Innotour-Programmes eine klare naturnahe Ausrichtung fehlt. Der Hinweis auf die nachhaltige Entwicklung ohne konkrete Kriterien verwässert den Anspruch auf Nachhaltigkeit.

Tourismusfachleute sehen im naturnahen Tourismus ein grosses Potential für die Zukunft. Doch gerade die Entwicklung von naturnahen und innovativen Angeboten wird seitens des Bundes vernachlässigt. Hier könnte mit den jährlich vorgesehenen fünf Millionen Franken Bundessubventionen massgeblichen Einfluss genommen werden, damit das wichtigste Potenzial des Schweizer Tourismus, nämlich faszinierende und oft noch intakte Landschaften, nicht weiter zerstört wird.

Aufgrund dieser Überlegungen stellen wir folgende Anträge:

Artikel 2 *Unterstützte Vorhaben*, Abs. 1 Bst. c.: **streichen**

Begründung: Die Grüne Partei der Schweiz ist mit den Erläuterungen zum Artikel 2 Abs. 1 Bst. c nicht einverstanden. Laut den Unterlagen sollen nur noch Reorganisationen unterstützt werden. Hierfür wird als wichtigstes Kriterium nur die Einbettung der Projekte in wettbewerbsfähige Destinationsstrukturen aufgeführt. Aus unserer Sicht gehört die Förderung von naturnahem Tourismus ebenfalls als Voraussetzung erwähnt. Da dies nicht der Fall ist und da dadurch die Auswirkung des Absatzes auf die Umwelt unklar ist, lehnen wir die alleinige Förderung von wettbewerbsfähigen Strukturen ab.

Artikel 3 Voraussetzungen, Bst. 2 Abs. c neu:
c. Kriterien des naturnahen Tourismus erfüllen.

Begründung: Die Grüne Partei fordert, dass der Bund nur Vorhaben unterstützt, welche klaren Kriterien des naturnahen Tourismus entsprechen. Dieser neue Absatz c ist dem Artikel 3 Bst. 2 beizufügen. Dabei müssen die vom Bund subventionierten touristischen Projekte aus Sicht von Pro Natura folgende wichtigen Kriterien erfüllen:

- die Natur- und Kulturlandschaften werden durch touristische Aktivitäten ohne Gefährdung von Arten und ihren Lebensräumen schonend genutzt;
- touristische Aktivitäten schonen die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen vor Ort;
- die Politik setzt klare Rahmenbedingungen für naturnahe Angebote und finanziert nur noch umweltverträgliche Projekte;
- der Tourismus stützt die regionale Wertschöpfung.

Fragestellung

Sind sie mit der Gewichtsverlagerung von Innotour auf die nationale Ebene einverstanden? Sollen „lokale und regionale Modellvorhaben“ mit nationaler Ausstrahlung unterstützt werden?

Die Grüne Partei der Schweiz ist mit der Verlagerung auf die nationale Ebene einverstanden. Jedoch sollen lokale und regionale Projekte nicht systematisch benachteiligt sein. Die Grüne Partei der Schweiz unterstützt lokale und regionale Modellvorhaben. Solche Vorhaben müssen aber ganz besonders die Kriterien des naturnahen Tourismus erfüllen (Art.3, Bst.2, Abs. c neu). Es muss sichergestellt sein, dass diese lokalen Modellvorhaben eine schonende Nutzung der Lebensräume vorsehen (also z.B. keine Schneekanonen oder grossen Infrastrukturprojekte).

Wie beurteilen Sie den neuen Fördertatbestand des Wissensaufbaus, der auch die Wissensdiffusion umfassen soll?

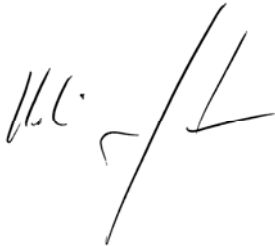
Die Wissensdiffusion soll nicht zwingender Bestandteil zu fördernder Projekte sein. „Wissen“ als Produktionsfaktor und Wettbewerbsvorteil soll nicht das Hauptkriterium für Förderung sein. Projekte, welche mehr einen primär sinnlichen Ansatz haben, sollen nicht a priori ausgeschlossen werden. Projekte, welche einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, sind explizit zu bevorzugen.

Sind Sie mit der strengen Auslegung der „Überbetrieblichkeit“ einverstanden?

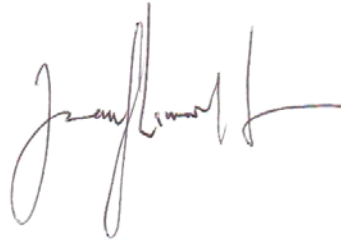
Die Grüne Partei der Schweiz unterstützt den überbetrieblichen Ansatz. Dem öffentlichen Interesse wird durch die Überbetrieblichkeit mehr Rechnung getragen. Jedoch gilt es das Kriterium der Überbetrieblichkeit mit einer gewissen „Souplesse“ zu behandeln um die Innovationskraft nicht durch übermässige administrative Auflagen zu unterbinden.

Wir bitten Sie, die Anliegen und Vorschläge wohlwollend zu prüfen und die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Ueli Leuenberger
Präsident der Grünen Schweiz



Iwan Schauwecker
Politischer Sekretär